

Mlýnský, Jaroslav

**Zur Problematik der Kirchenpolitik der KPTsch in den Jahren
1948-1949**

*Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. G, Řada
sociálněvědná. 1966, vol. 15, iss. G10, pp. [47]-64*

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/111824>

Access Date: 19. 02. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University
provides access to digitized documents strictly for personal use, unless
otherwise specified.

JAROSLAV MLÝNSKÝ

ZUR PROBLEMATIK DER KIRCHENPOLITIK
DER KPTsch IN DEN JAHREN 1948 — 1949

Die katholische Kirche stellte nach dem Februar 1948 in unseren Ländern eine bedeutende ideologische und politische Macht vor. Zu ihr gehörten etwa 70 % der Bevölkerung, von welcher etwa ein Drittel, besonders in der Slowakei und in den mährischen Gebieten wirklich mit der Kirche lebte und wurde dadurch tief beeinflusst. Die Kirche hatte eine traditionelle und fest aufgebaute Organisation, vom Erzbistum bis zu den Pfarren und Klöstern. In der Tschechoslowakei waren tätig fast 7000 von katholischen Priestern, ausser 2800 Ordensbrüder, von denen manche in die öffentliche Religionstätigkeit eingegliedert wurden. Beinahe 1500 von Priestern wirkten gerade auf den Schulen. Das Kirchenschulwesen, das etwa $\frac{1}{2}$ % von unseren Schulen vorstellte, hatte seine Hochschulfakultäten, Seminare, Mittelschulen usw. Die überwiegende Mehrheit von 12 000 der Ordensschwester wirkte in den Krankenhäusern und Wohltätigkeitsanstalten. Die katholische Kirche wurde mit der Volkspartei der Vorfeberzeit, die 350 000 Mitglieder umfasste, eng verbunden. In der Regierung, im Parlament und in den Nationalausschüssen wurde diese Partei durch eine Reihe von Kirchenrepräsentanten vertreten. Die Kirche beeinflusste eine Reihe von Organisationen — z. B. die Turnorganisation „Orel“ („Adler“) mit 192 000 Mitgliedern, einen Teil von Pfadfinderorganisationen und verschiedene religiös gerichtete Vereine, die bei den Pfarren fast in jeder Gemeinde wirkten. Obwohl man ihre Tätigkeit nicht überschätzen konnte, beeinflussten sie doch einen gewissen Teil der Öffentlichkeit. Ausserdem hatte die Kirche eine Möglichkeit, sich an die Gläubigen mittels der grossen Wallfahrten und Kirchenfeste zu wenden. Sie disponierte auch über umfangreiche Kirchenpresse.¹ Sehr wichtig war die Tatsache, dass die katholische Kirche einen internationalen Charakter trug und dem Vatikan, dessen feindliche Haltung zu allen revolutionären Veränderungen in den volksdemokratischen Ländern bekannt war, untergeordnet wurde. Der Febersieg stellte auch die Frage des umfangreichen Kircheneigentums, besonders des Bodenbesitzes, auf.²

Bei der Ausarbeitung der Kirchenpolitik in der Nachfeberzeit ging die KPTsch von allen diesen Umständen aus. Im Rahmen der Konsolidation des öffentlichen und politischen Lebens war es nötig, dass besonders die katholische Kirche nicht zur Basis von feindlicher Beeinflussung der Bevölkerung würde und so den Prozess der Befestigung der politischen Einheit nicht erschwerte. Im Gegenteil, sie sollte durch ihren Einfluss auf die Gläubigen eine positive Rolle bei der weiteren Entwicklung der Gesellschaft spielen.

Die katholische Kirche zog sich aber zurück und wartete nach dem Feber ab, wie sich die Lage entwickeln wird. Sie setzte sich offiziell nicht zur Wehr

der kompromittierten Repräsentanten von Klerus in der Volkspartei, weil sie wusste, dass sie dadurch politisch beschädigt würde. Durch die Nachfebereinigung wurde sie fast überhaupt nicht berührt — sie war weder politische Organisation, noch ein Verein und deshalb bezog sich die Rechtskraft der Aktionsausschüsse der Nationalen Front (NF) auf ihre Organe und Institutionen nicht, obzwar eine ganze Reihe von Geistlicher durch ihre volksfeindliche Haltung bekannt war. Die Kirchenbehörden nahmen die Einsprüche der Aktionsausschüsse gegen diese Reaktionstätigkeit in der Vorfeberzeit nicht in Betracht — diese Geistlichen wurden weder abgerufen, noch versetzt. Nur den Aktionsausschüssen der Lehrerorganisationen ist es gelungen, reaktionäre Religionslehrer von den Schulen abzurufen: dies war aber eine Massregel, die der Kirchenlinie vorbei ging. Was die Religionsvereine betrifft, dort wurden die Aktionsausschüsse gegründet, aber selbstverständlich nur aus den Mitgliedern dieser Vereine und nur dort, wo es gelungen ist. So entstanden sie z. B. in Zweigstellen der Charität, im Verbands der katholischen Frauen und Mädchen, im Vereine Sorge (Snaha), aber ihre Tätigkeit war sehr formal, weil sie nicht ganz gut im Stande waren, den Reaktionsmitgliedern eigenes Vereines fest politisch entgegenzutreten.

Anfang März 1948 fand in Brno (Brünn) eine Konferenz aller katholischen Bischöfe und Ordinarien statt, die den kirchenpolitischen Problemen im Zusammenhang mit neuer Lage in der Nachfeberzeit gewidmet wurde. Dort wurde einmütig erklärt, dass „die katholische Kirche sich an keine politische Staatsform bindet und immer den höchsten Interessen seines Volkes dienen will“. Diesen Standpunkt stellten dann die katholischen Leiter als eine Erklärung der Loyalität der Kirche zur neuen Regierung und ihren Gesetzen vor, obzwar hiemit die Kirche seinen Standpunkt zur neuen Lage eigentlich nicht erklärte. Gleichzeitig zeigte sie nämlich in versandten Botschaften ihre kritische Haltung zu den Ereignissen.³

Löste die KPTsch den ganzen Prozess der Wiedergeburt des politischen Lebens auf Grund der Nationalfront, mittels einer Differenziation zwischen den reaktionären und positiven Kräften, durch das Aktivieren der demokratischen und progresiven Kräfte in den einzelnen Parteien und Organisationen, so erwählte sie diese Form auch in ihrer Beziehung zur katholischen Kirche. In gegebener Situation schloss sie die Machteingriffe in den Kirchenfragen aus, weil sie der Kirche nicht ermöglichen wollte, eine Rolle „des Märtyzers“ zu spielen. Sie strebte deshalb nach der Gewinnung der demokratischen Elemente — besonders von den Reihen der niedrigeren Geistlichkeit — für die Politik einer Zusammenarbeit mit dem Staate und gleichzeitig nach der Isolation derjenigen Vertreter der katholischen Hierarchie, die sich feindlich zur Festigung der Macht der Werktätigen stellten. Dies bedeutete gleichzeitig ein Bestreben, die vatikanische Orientierung der katholischen Kirche — selbstverständlich in politischem Sinne — durch eine nationale und patriotische Orientierung mit einer loyalen ja positiven Beziehung zum Staat zu ersetzen und so den schädlichen vatikanischen aussenpolitischen Einfluss zu brechen. Dies alles forderte die Kontakte mit dem Klerus breiter zu entwickeln, die massenpolitische Arbeit mit ihm und auch mit den Gläubigen zu stärken und geduldig zu handeln, weil es sich nicht um eine einmalige Aktion, sondern um einen fortlaufenden Prozess handelte. Zu Organen, die diese Aufgaben lösen sollten, wurden die Aktionsausschüsse, bzw. ihre Kirchenkommissionen.

Den 18. März 1948 gab der Zentralaktionsausschuss (ZAA) der NF eine Erklärung über die Freiheit der Religionskonfession und des Gewissens ab⁴ und gleichzeitig errichtete er ein Hilfsorgan — eine von Vertretern aller Kirchen und des Zentralaktionsausschusses zusammengesetzte „Komision für Kirchen und Religionsfragen“, die zu einer Grundlage für Handeln zwischen dem Staat und der Kirche werden sollte. Auf Wunsch der katholischen Hierarchie wurde ausserdem eine besondere Kommission, bzw. Subkommission nur für die Angelegenheiten der katholischen Kirche errichtet, die nur von ihren Vertretern und denen aus dem Zentralaktionsausschuss zusammengesetzt wurde.⁵ Diese sollte die aufgetauchte Streitfragen lösen, vor allem die Frage der Entschädigung des nationalisierten kirchlichen Eigentums und die Perspektive des Kirchenschulwesens. Hierbei garantierte der Staat im Geiste der Erklärung des Zentralaktionsausschusses nicht nur die Freiheit der Religionskonfession, sondern auch die materielle Sicherstellung der Kirchen, wenn sie ihre positive Haltung zum Nachfeberregime erklären werden. Der Zentralaktionsausschuss legte auch der Kirchenkommission einen konkreten Vorschlag vor, die Deckung des Personal- und Kulturvoranschlags der Kirchen aus der Staatskasse zu sichern. Der Staat zeigte seinen guten Willen auch durch die Genehmigung der neuen Verfassung, deren §§ 16, 17 und 18 die Freiheit der Religion und des Gewissens gewährleisteten.

Auch die Kreis- und Bezirksaktionsausschüsse entwickelten in ihrem Massstabe die Initiative bei dem Handeln mit der katholischen Kirche, mit ihren Vertretern in Kreisen und Bezirken und strebten die Kirchenkommissionen zu gründen. Gleichzeitig wurden bei allen Kreis- und Bezirksausschüssen Kirchensekretäre bestimmt. Die neue Regierung strebte sich mittels des ZAA und seiner Kommissionen einen Boden zur Lösung der Streitfragen durch Handeln zu schaffen.

Die katholischen Leiter nahmen aber zu diesem Bestreben einen negativen Standpunkt ein und trotz manchen Beratungen in der Kirchenkommission kam es nicht zur Aufklärung der Beziehungen. Die Ursache war in der Überzeugung der katholischen Hierarchie, dass sich der Regime der Diktatur des Proletariats dauerhaft nicht aufrechterhalten kann, dass es sich nur um ein Provisorium handelt, dass die Versöhnung zwischen der Kirche und dem kommunistischen Regime prinzipiell nicht möglich ist, dass man nicht handeln kann, solange die Kirche die Deckung für ihr nationalisiertes Eigentum nicht bekommt, dass es überhaupt nicht nötig ist, beim Suchen der positiven Beziehungen zum Staat zu eilen.⁶ Unsere kirchliche Hierarchie verteidigte da wissentlich eine gemeinsame Front, die in der Tschechoslowakei, in Polen und Ungarn im Zusammenhang mit der Festigung des volksdemokratischen Regime entstanden war. Sie lehnten selbstverständlich auch die staatliche materielle Sicherstellung der Kirche ab, weil sie den Verlust der Selbständigkeit in den ökonomischen Fragen und die Abhängigkeit von der Regierung befürchteten. Ausserdem hielten sie diese Sicherstellung nur für ein Manöver der Kommunisten in der Vorwahlperiode.⁷ Die anderen Kirchen der Tschechoslowakei gaben Erklärung über ihre positive Beziehungen zur Nachfeberentwicklung ab — und sie drückten es nicht nur durch die Übereinstimmung mit der Erklärung des ZAA der NF über die Religions- und Kirchenfragen aus. Sie richteten auch eine Aufforderung an ihre Gläubigen, die einheitliche Kandidatenliste zu unterstützen und hiemit zur Festigung der nationalen Einheit beizustehen.⁸ Die katholische Kirche lehnte aber standhaft ab, ihre positive Haltung zum Staat zu erklären. Im Gegenteil, auf

einer Bischofsberatung in Olomouc (Olmütz) den 3. Mai 1948 verboten die katholischen Ordinarien allen Geistlichen unter der Drohung der Kirchenstrafen nicht nur gesamte öffentliche und politische Tätigkeit, sondern auch die Mitgliedschaft in den politischen Parteien und das Annehmen von Funktionen aller Art. Über die Wahlen erklärte sich offiziell die Konferenz nicht, aber ihrer Kirchenlinie nach „riet“ sie ganz durchsichtig den Gläubigen nur diejenige Kandidate zu wählen, die eine „genügende Gewährleistung geben, die Gottesrechte zu verteidigen“. Hierbei verbot sie den Gläubigen die Sonntagsarbeitsbrigaden. Die Kirchenführung trat auch der Ministerfunktion von P. Josef Plojhar und dessen Kandidatur in den Wahlen scharf entgegen.⁹ Die Versuche der Vertreter des ZAA der NF in der katholischen Kirchenkommission, die Ordinarien zur Veränderung des Standpunktes zu bringen, waren erfolglos. Im Gegenteil, Erzbischof dr. Beran als Vorsitzender der Bischofskonferenz teilte durch einen Sonderbrief dem Generalsekretär des Zentralaktionsausschusses der Nationalen Front dr. Čepička am 25. Mai 1948 mit — also gerade vor den Parlamentswahlen — dass der Standpunkt der Kirche unverändert bleibt. Hierbei strebten die Ordinarien mit Drohungen von Kirchenstrafen diejenige Angehörigen des niedrigeren Klerus zum Gehorsam zu bringen, die sich zur Politik der NF annäherten und willig waren, z. B. in den Kirchenkommissionen, zu arbeiten.¹⁰ Auf diese Weise sollte die Organisations- und Ideeneinheit der Kirchenreihen gefestigt und dabei auch das vermeintliche Streben der Kommunisten nach der Schaffung einer „neuen“, „nationalen“ katholischen Kirche in der ČSR abgeschlagen werden.

Das Verbot der öffentlichen Tätigkeit der Priester und die Interventionen der Ordinarien führten dazu, dass die Bildung von Kirchenkommissionen bei den Kreis- und Bezirksaktionsausschüssen der NF an grosse Schwierigkeiten stiess, weil die katholische Priester die Teilnahme an diesen Kommissionen und Konferenzen ablehnten. Sie nahmen nur dort teil, wo sie ausschliesslich gegen das Verbot der Ordinarien handelten. Grosse Mehrheit von katholischen Priestern und entsprechendes Prozent von wirklich glaubenden Katholiken meideten deshalb die Vorwahlaktionen, bzw. wählten die Weisszettel, deren grösste Menge eben in den Gemeinden mit ehemaligen Volksparteieinfluss war. Irgendwo wurden die weisse Wahlzettel öffentlich abgegeben; ausserdem war während der Wahlen eine gerade Abhängigkeit der Volksparteiwähler von dem Standpunkt des Pfarrers oder Kaplans ganz klar.¹¹ Gleichzeitig zeigte sich aber auch Gegenteilendenz. Es gab katholische Priester, die an der Wahlkampagne teilnahmen, auf den Wahlversammlungen sprachen und die Kandidaten der NF wählten, gleich wie gewisse Gruppen von aktiven Gläubigen. Die katholischen Geistlichen traten offen gegen die NF nur in einzelnen Fällen und nirgends kam es zu einer ostentativen Massenaktion gegen einheitliche Kandidatenliste. Auf den Konferenzen der Geistlichen aller Kirchen, die in den meisten Kreisen und Bezirken trotz den durch katholische Hierarchie verursachten Schwierigkeiten verwirklicht wurden, nahm die Geistlichkeit sehr oft einen positiven Standpunkt zum Regime ein und in der Regel stimmte in diesem Sinne auch Resolutionen ab. Diese wurden dann in der Kreispresse publiziert, plakatiert und bzw. auf andere Weise verbreitet. So z. B. in Olomouc (Olmütz) unterschrieben 16 Katholischen Priester, in Iglau (Jihlava) 12, auch im Karlsbader Gebiet u. dgl.

Intensive Tätigkeit der Aktionsausschüsse der NF und ihre enge Kontakten

mit der Geistlichkeit ermöglichten schon im Laufe von drei Monaten nach dem Feber gewisse Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit ziehen.

Es zeigte sich, trotz allen ungünstigen Erscheinungen, dass die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche möglich ist, wenn sich der Vatikan in die Verhandlungen nicht einmischen wird. Besonders der niedrigere Klerus — Kaplanen, Administratoren und Pfarrer, die eigentlich die Stütze der Kirche darstellen — war sehr verhandlungswillig. Die Politik der Differentiation brachte also positive Resultate, obzwar nur im begrenzten Masse. Die Parlamentswahlen zeigten nämlich gleichzeitig, dass der wesentliche Teil vor allem von katholischer Geistlichkeit und von wirklich Gläubigen seine positive Beziehung zum Staat noch nicht gefunden hat, obzwar sie ihre Übereinstimmung nach aussen hin zeigten. Auf Grund der intensiven politischen Arbeit in der Vorwahlkampagne kam die KPTsch zur Schlussfolgerung, dass etwa 20 % von katholischen Priestern für die Zusammenarbeit in der NF ist, 35 % sich neutral benimmt und 45 % einen ablehnenden Standpunkt einnimmt.¹³

Es war also klar, dass die Kirchenfrage weiter ein kompliziertes Problem sein wird. Schon in dieser Zeit war deutlich, dass bei uns beim Aufbau des Systems der Diktatur des Proletariats wahrscheinlich die Trennung der Kirche vom Staat nicht in Frage kommt, wenn auch in diesem Sinne die Stimmen — im Laufe der Diskussion über neue Verfassung — von unten zu hören waren. Die sorgsame Analyse der ideologischen und politischen Stellung der katholischen Kirche in unserer Gesellschaft führte die KPTsch zur Schlussfolgerung, eine solche Lösung würde die Abgeschlossenheit der katholischen Kirche und ihre Isolation vom positiven politischen Leben unterstützen, die innere Disziplin der Kirche samt der Abhängigkeit des Klerus von der Hierarchie festigen und Beseitigung des Einflusses von reaktionären Gruppen erschweren. Deshalb bot auch die KPTsch schon bald nach dem Feber den Kirchen materielle Sicherstellung an unter der Voraussetzung, sie würden eine loyale Haltung zum Nachfeberregime einnehmen.

Das Einstellen der katholischen Kirche vor den Wahlen konnte nicht den Wahlsieg der NF bedrohen. Im Gegenteil, die Kirche selbst kam in eine ungünstige Lage. Die ungelösten Vermögensverhältnisse, die Angelegenheit des Kirchenschulwesens, ihrer Presse, Jugend u. dgl. waren für sie sehr brennend und wichtig und die Nichtlösung von diesen Fragen in Übereinstimmung mit dem Staat konnte die Kirche schwer beschädigen. Auch die Stellung der katholischen Kirche in Polen und Ungarn, in der sie dort gelangte, wurde zu ernster Warnung für unsere Kirchenkreise. Deshalb stellten die Vertreter der katholischen Kirche einen Auftrag, die Verhandlung wieder zu eröffnen. Schon am 11. Juni kam es zur Versammlung der katholischen Kirchenkommission, wo der Vorsitzende dr. Čepička den ablehnenden Standpunkt der Kirche in den Wahlen kritisierte und zeigte, dass die weitere Verhandlungen mit der Kirche nur dann möglich sind, wenn sie eine loyale Haltung zum Staat einnehmen wird. Die Präsidentenwahl Klement Gottwalds bot dazu die Gelegenheit an.¹⁴

Das Resultat der Verhandlungen hat eine gewisse Klärung gebracht. Der Staat bewilligte die Einschreibung in die Kirchenschulen und die Kirche bot die Teilnahme bei der Präsidentenwahl an — ein festliches Tedeum am Wahltag im St. Veitsdom, in der nächsten Woche in allen Kirchen und auch eine Audienz der Bischöfe beim neuen Präsidenten. Sie stimmte auch die Teilnahme der Priester in den Kirchenkommissionen der Kreisaktionsausschüsse überein und

ermöglichte den Gläubigen sich an den Sonntagsbrigaden beteiligen. Die Regierung und der Präsident nahmen an der Festmesse auf der Prager Burg teil und auch dadurch zeigten ihren guten Willen.¹⁵

Das Abkommen dauerte aber nicht lange, weil die Kirche entschlossen war, die Beziehungen weiter zu verschärfen. Sie war sich dessen bewusst, dass sie im Falle eines Konflikts keine guten Aussichten hat. Trotzdem bezog sie diese Stellung, weil sie überzeugt war, dass das Nachfeberregime nur ein Übergangszustand ist. Hierbei verliess sie sich auch darauf, dass die katholische Kirche bei uns einen festgefügtten Organismus bildet.

Die Verhandlungen wurden schon den 18. Juni abgebrochen. Erzbischof dr. Beran suspendierte den Minister P. Plojhar vom Priesteramte, weil er trotz dem Verbot seines Ordinariers die Abgeordnetenfunktion in der Nationalen Versammlung angenommen hat. Bei den Verhandlungen in der Kirchenkommission des ZAA der NF blieb der Erzbischof bei seiner Entscheidung und anfangs Juli teilte er mit, dass die weiteren Gespräche nur auf Grund folgender Voraussetzungen möglich sind: das Kirchenschulwesen gesetzlich sicherzustellen und die gegen den Status quo der Kirchenschulen zielende Massnahmen aufzuheben. Es sollte auch die Frage der Kirchenpresse, der Kirchenvereine und der Deckung vom nationalisierten Kirchenvermögen gelöst werden.¹⁶

Die Proteste gegen die Suspendierung des Ministers P. Plojhar, die die Volkspartei, der Verband der tschechischen Bauern und der Verband der Freiheitskämpfer veröffentlichten, wurden von Erzbischof scharf abgelehnt. Er machte alle, die sich bei der Lösung von Kirchenfragen an die laienhafte Macht wenden wollten, darauf aufmerksam, dass sie sich dadurch ausser der Kirche stellen.¹⁷ Da spiegelte sich schon ganz klar der Einfluss des Papstdekretes gegen Kommunismus vom Juni 1948.¹⁸

In diesem Sinne wurden die Bischöfebriefe in den Kreisen verbreitet, in einigen Kirchen von der Kanzel gelesen und sogar auch den nichtkatholischen Kirchenwürdenträgern geschickt. Diese Handlung fand Übereinstimmung besonders bei den älteren Gläubigen und selbstverständlich bei den reaktionären Elementen der ehemaligen Volkspartei und nationalsozialistischen Partei. Was den katholischen Klerus betrifft, niemand hatte Mut gegen diesen Fortgang der Kirchenführung aufzutreten.¹⁹

Den 16. August fand eine Versammlung der Bischöfe und Ordinariere in Nitra statt, wo ein Memorandum an die tschechoslowakische Regierung ausgearbeitet wurde, in dem die Schuld an den unterbrochenen Verhandlungen der Regierung zugeschrieben wurde. Die Bischöfe forderten, den „planmässigen“ Kampf gegen die katholische Kirche einzustellen. Dieses Memorandum wurde in den Kirchen gelesen, wurde zum Objekt der Predigt usw. Auf den Kirchenfesten, besonders im September 1948, predikten die höchsten Kirchenwürdenträger, Erzbischöfe und Bischöfe und betonten dabei Einheit der Interessen des heiligen Vaters mit der Kirche bei uns, die Einheit der Geistlichkeit und der Gläubigen, sprachen tendenziös von den Fragen der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche und richteten die Ausserungen gegen dem Regime.²⁰ Hierbei wurde eine umfangreiche illegale Propaganda und Tätigkeit entfaltet. Gewisse Fakten davon waren schon von der Vorwahlperiode bekannt, jetzt aber wurde diese Tätigkeit in vielmehr breitem Massstab ausgeübt.²¹ Man verbreitete Flugblätter mit verschiedenen groben Nachreden, es steigerten sich die Angriffe in den Predikten und in den Klöstern kam es zur Organisierung der Fluchten über die Staats-

grenze. Deshalb mussten einige Geistliche für diese Wühlarbeit verhaftet werden.

Im November 1948, nach der Rückkehr unserer Bischöfe aus Rom, wo sie die Situationsnachrichten über ihren Diözesen übergaben und wo sie zu einem planmässigen Vorgehen aufgefordert wurden, fing unsere katholische Hierarchie an wieder die Bereitswilligkeit zur weiteren Verhandlung zu zeigen und machte darin auch gewisse Gesten.²² Gleichzeitig aber verwirklichte sie durch alle legalen und halblegalen Mittel ihre Politik in dem inneren Aufbau der Kirche.

Sie festigte ihre innere Einheit von den Kaplanen bis zu dem Bischöfekorps, vor allem durch das Einhalten von strengster Disziplin und Gehorsam. Der niedrigere Klerus war immer von den Eingriffen der Hierarchie bedroht und auch die Uneinigkeit des Bischöfekorps wurde durch strenge Instruktionen von Vatikan überwunden. Die Kirchenführung verstärkte gleichzeitig auch seine Bestrebung um die Gedankenbeherrschung der Gläubigen und um die Festigung ihres Widerstandes gegen Materialismus. Hierbei organisierte sie die Gedankenbearbeitung der Gläubigen ausschliesslich auf dem inneren Kirchenboden und benutzte dazu keine aussenkirchlichen Vereinigungsmittel.

Obzwar also die Kirche am Ende des Jahres 1948 ein neues Interesse für Verhandlung zeigte, der Korps der Bischöfe glaubte nicht an die Resultaten und befasste sich mit der Eventualität, dass es bei uns trotz allen Zusicherungen der Regierung zur Trennung der Kirche vom Staat kommt. Deswegen wertete auch positiv Erfahrungen mit sog. Marienkirchensteuer, die in Prager Diözese im Oktober 1948 eingenommen wurde. Ihr Ergebnis war gut und die Kirche erwog sie in allen Diözesen einzuführen. Dies war eine faktische Vorbereitung für ökonomische Selbstgenügsamkeit der Kirche.²³ Einerseits äusserte also die Kirche Bereitwilligkeit zu den Verhandlungen, andererseits aber vorbereitete sie sich zur eventuellen Kampflosung.

Diese Wendung in der Stellung der katholischen Kirche und Verschärfung der Beziehungen zum Staat erforderten in der Kirchenpolitik erhöhte Bestrebung der KPTsch und der ganzen Nationalen Front.

Einen offenen Konflikt mit der Kirche zu vermeiden, die Religionsfreiheit auf Grund der Gleichberechtigung und Verträglichkeit unter ihnen zu verteidigen, das Bestreben die Streitfragen durch Verhandlungen zu lösen — dies blieb die Grundlinie der Kirchenpolitik der Partei nach dem Juni 1948. Das wurde vor allem durch die einflussreiche Stellung der Hierarchie unter dem Klerus und den Massen von Gläubigen bestimmt. In dieser Zeit zeigte sich bisher eine kleine Aktivität der Gläubigen in der Beziehung zu den reaktionären Tendenzen der Hierarchie und auch der Widerspruch zwischen dem niedrigeren Klerus und der Kirchenführung hatte noch eine Anfangsform. Deswegen die Lage berechnete zu nichts anderem als zu Verhandlungen. Als Hauptmethode blieb in der Kirchenpolitik die Differenziation in Reihen der Priester und Gläubigen.

Aktionsausschüsse bereiteten ein systematisches Unterfangen aller katholischen — der volksdemokratischen Ordnung ergebenen — Priester. Dahin schien im Sommer 1948 die Lage weniger günstig zu sein als in der Zeit vor den Wahlen — am Ende Oktober war es möglich bloss 10 % Priester positiv zu schätzen.²⁴ Druck der Hierarchie und Angst vor Kirchenstrafen führten dazu, dass eine Reihe Priester, welche in einer oder anderer Form mit den Aktionsausschüssen der NF in kirchlichen Kommissionen mitarbeiteten, begannen diese Arbeit zu meiden. Dies hat sich gezeigt z. B. auch beim Bemerkungshandeln zum Vorschlag für ein neues Gesetz für Gehälter der Geistlichen, zu dem Kir-

chenkommissionen der Aktionsausschüsse mit Hilfe der Nachfragen, Untersuchungen und Versammlungen ein reichhaltiges Material konzentrierten. Es gelang 21 Vikariatkonferenzen der Geistlichen zu organisieren, wo Geistliche über die Vorschläge handelten. Einerseits hat sich zwar gezeigt, dass ein überwiegender Teil der Geistlichen beim Standpunktnehmen direkt von Weisungen und Direktiven seiner Vorgesetzten abhängig ist und seine eigene Ansicht zu äussern fürchtet, andererseits aber eine Reihe Priester in persönlichen Gesprächen bei unoffiziellen Treffen mit Mitgliedern der Kommissionen der NF Interesse an dem Gesetz zeigte und wünschte, die Existenzfragen der Priester durch den Staat zu lösen.²⁵ Es bestätigte sich, dass eben die staatliche Sicherstellung der Kirchen, die allgemeine Regelung der Gehälter, welche von der Benevolenz und Entscheidung der kirchlichen Vorgesetzten unabhängig sein sollte, zu einem der Mittel wurde, die die Mitarbeit mit dem niedrigeren Klerus auf breiter Basis ermöglicht und zur Isolation der reaktionären Kirchenkreise führt. Gleichzeitig haben auch in der kirchlichen Politik der Partei Erwägungen über die Gründung einer „nationalen“ katholischen Kirche durch Abtrennen eines Teils der Geistlichen und Gläubigen ähnlicherweise, wie in Jahren 1918—1920 beim Entstehen der Tschechoslowakischen Kirche, Echo nicht gefunden, denn es waren dazu weder ideologisch noch politisch passende Voraussetzungen. Infolgedessen z. B. auch der Hirtenbrief, durch welchen Bischöfe die Gläubigen zu dieser Prüfung „der Treue zur heiligen Kirche“ vorbereiteten, blieb ohne Widerhall. Es ist schon begründet worden, dass die Partei die Trennung von Kirche und Staat nicht beabsichtigte, denn in gegenwärtiger Lage würde es nur festeres Zusammenschliessen der Gläubigen mit der Kirchenführung und auch eine Verstärkung ihres Einflusses auf den Klerus mittels Materialfragen heissen.

Den Bestrebungen der Kirche, den ideologischen Einfluss auf Gläubigen zu stärken, setzte die Partei eine Reihe von ideologischen Kampagnen entgegen, wie z. B. gegen die Suspendierung des Ministers Plojhar, gegen die Politik des Vatikans und für Exkommunikation jener Priester, welche gegen die volksdemokratische Ordnung verstießen. Sie fanden hauptsächlich in den Regionen statt, wo zu den Prozessen wegen der antistaatlichen Tätigkeit der Geistlichen gekommen ist. Die Grundforderung dabei war, diese Elemente wegen ihrer Reaktionstätigkeit gegen den Staat auch der Kirchenlinie nach durch kirchliche Strafen samt Exkommunikation zu verfolgen. Die Tatsache, dass die Kirchenführung diese Forderung ablehnte und schweigend sie übertrat, indem sie sich aktiv gegen diejenige Priester, welche ihre positive Beziehung zu neuen Verhältnissen zeigten, exponierte, beschädigte sehr die Autorität der Kirchenführung. Es war da offensichtlich, dass es sich nicht um die Religion und den Glauben handelt, sondern vor allem um politische Fragen und um Unbereitschaft eine Beziehung zu neuer Ordnung zu finden. So ist es gelungen in die Kampagne für das Kirchenreinigen verschiedene Organisationen einzuschliessen.²⁶

Die Massnahmen gegen den Druck der Kirche konnten sich begreiflich nicht nur auf ideologische und politische Aktionen beschränken. Es war notwendig dort mit der Macht einzugreifen, wo die Kirche direkt in Streit mit dem Gesetz kam.²⁷

Trotz dieser Massnahmen war aber der ZAA der NF stets bestrebt, eine Grundlinie zum Handeln zu finden. So z. B. im September 1948 wurde der Unterricht in Kirchenschulen eröffnet.²⁸ Das hatte einen positiven Widerhall unter Gläubigen, besonders in Orten der Residenzen dieser Schulen, sodass das

Bischofsmemorandum vom 16. August, das sich auf den Zug gegen Kirche beschwerte, nicht gehörigen Widerhall hatte. Auch die Kreis- und Bezirksaktionsausschüsse hörten nicht auf, sich um Bildung der Kirchenkommissionen zu bestreben. Dies gelang wohl nur teilweise, denn die Priester fürchteten sich öffentlich zur Mitarbeit zu melden.

Die erhöhte Aufmerksamkeit zu der Kirchenpolitik deutete auch erhöhte Ansprüche auf zuständige Organe der NF. Es war notwendig, die Arbeit in einzelnen Kreisen zu aktivisieren, das Netz der Kirchenreferenten zu erfüllen, den Einfluss der Hierarchie auf die Geistlichen und Gläubigen nachzufolgen. Aufmerksamkeit den Wallfahrten, Predigten, Flugschriften und der Kirchenpresse zu widmen und überhaupt die Intensität des Religionslebens zu folgen. Deswegen war notwendig, für die Mitarbeit einen verlässlichen Aktiv besonders aus Reihen von Mitarbeitern der Lokalaktionsausschüsse zu gewinnen und auch — wie es nicht einmal in der Zeit des scharfen Kurses der Kirche anders nicht möglich war — sich auf Sicherheitsorgane zu stützen. Als wichtiger Bestandteil der Arbeit der Aktionsausschüsse wurde das Verbreiten des persönlichen Verkehrs mit ehrlichen und verlässlichen Priestern. Diese wurden dann direkt in verschiedene Aktionen eingegliedert. Kirchenreferenten aber bestrebten sich auch auf die apolitische Geistlichen zu wirken, um besonders die Beseitigung des pessimistischen Tons in Predigten und Ansprachen zu erzielen. Als wichtiges Mittel der Differenziation wurde die Forderung, dass Priester durch ihren Einfluss z. B. zur Sicherung der Ernte und des Auskaufs als der ganznationalen Aufgabe mit-helfen. Auf dieses Aufgebot vom August 1948 reagierte offiziell die Kirche nicht. Deshalb sind alle geistlichen Würdenträger durch Funktionäre der NF, der Bezirksnationalausschüsse und der Volkspartei persönlich aufgefordert worden, sich einzugliedern.

In dieser ganzen Arbeit zeigte sich aber eine Reihe von Problemen und Mängeln. Manche Kirchenreferenten vermochten nicht ganz gut mit den Geistlichen zusammenarbeiten, die konkreten Aufgaben in der Kirchenpolitik waren ihnen nicht klar usw. Deswegen schon am Ende Juni 1948 wurde die erste 14tägige Schulung der Kirchensekretäre mit Betonung der Erläuterung der Politik der NF realisiert. In dieser Form setzte dann der ZAA der NF weiter fort. Wurde die Kirchenpolitik erfolgreich auf dem Boden der Zentralorgane, vor allem des ZAA, durchgesetzt und im ganzen gut im Kreismasstabe sich entwickelte, dann da, wo eine Masse der Gläubigen und niedrigeres Klerus bestand, in Bezirken, war in manchen Fällen am Ende des Jahres 1948 die Arbeit erst in selben Anfängen. Es gab nicht genug tüchtiger und bereitwilliger Referenten, einige bewährten sich nicht, manchmal wurden sie überhaupt nicht ernannt, so dass in einer Reihe der Bezirke Kirchenkommissionen gar nicht konstituiert wurden. Manche Referenten hatten keine Erfahrungen und ihre Ansichten waren sehr bunt und nicht immer mit der Politik der NF übereinstimmend. Üblich z. B. zeigte sich das Unbegreifen, warum in der Tschechoslowakei nicht die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt wird. Absichten, mit Geistlichen überhaupt nicht zu handeln und ausschliesslich auf die Massen der Gläubigen zu wirken, fehlerhafte Überschätzung der Nachrichtenarbeit, welche für einige Funktionäre zum Ziel wurde, anstatt als Mittel zur Differenziation zu sein. Manchmal äusserte sich bedeutende Ungeduldigkeit im Erwarten der Erfolge und Resultate der Kirchenpolitik, von Merk verlor sich die Langfristigkeit der gelösten Aufgabe, ein Fakt, dass die Kirche ihren Einfluss und Tradition besitzt und dass

es notwendig ist, zweckbewusst und systematisch fortzuschreiten. Es waren auch Verhinderungen in kleiner Koordination der Arbeit unter Bezirksaktionsausschüssen und Bezirksparteiausschüssen, wo oft zur Bagatellisation der Arbeit auf dem Gebiet der Kirchenpolitik kam.²⁹

Trotz allen diesen Schwierigkeiten setzte aber Prozess der Differenziation unter dem Klerus und den Gläubigen fort und die Kirchenpolitik der kommunistischen Partei brachte Erfolge. Unter Gläubigen verfiel systematisch der Einfluss verschiedener Hirtenbriefe, welche zu oft vorkamen und mit sehr scharfem Ton geschrieben wurden, so dass die Gläubigen in ihnen einen verborgten und gegen die Ordnung gerichteten Stachel erkannten. Deshalb zweifelte auch stets grössere Zahl der Gläubigen über die Beschwerden der Bischöfe wegen der Störung der Religionsfreiheit. Es war eine Tatsache, dass gegen Ende des Jahres 1948 die Kirche zur Defensive überging und deswegen stärkten in ihrer Führung Tendenzen, die zu versöhnlichen Verhandlungen mit dem Staat neigten.³⁰

In der Hälfte Dezember waren die Handlungen aus der Initiative der Bischöfe wieder eröffnet und liefen bis zum Feber 1949 durch. Dann kam zu neuem Unterbrechen seits der Kirche, und zwar unter durchsichtigem Vorwand, dass die Bischöfeberatung in Nový Smokovec am 23. März 1949 abgehört wurde. Die Wendung hing mit der Ankunft des neuen Nuntiusvertreter Msgr. Verolino, der durch seine negative Einstellung zu den volksdemokratischen Ländern bekannt war, zusammen. Dieser hat unter unseren Bischöfen den scharfen Vatikankurs durchgesetzt und dem Bischof dr. Trochta, Sprecher des Bischofsflügels, welches Übereinkommen wünschte, gedroht, damit er das Durchsetzen des Vorschlags auf weitere Handlung mit der Nationalfront und Regierung unterliesse. Am 29. April 1949 hat das Korps der Bischöfe dem Präsidenten der Republik ein Memorandum geschickt, in welchem es bekannt machte, dass die Loyalitätserklärung der Kirche durch das Inzident in Smokovec aufgelöst geworden ist.³¹

So endete die Verhandlung zwischen der Kirche und dem Staat, die auf dem Boden der NF stattgefunden hatte. Es war klar, dass die Kirchenführung bei uns kein Interesse um das Übereinkommen hat und dass sie weiter die Gläubigen in reginewidrigen Geiste gleichrichten will. So wurde die Lage reif zu Lösung. Es war schon möglich vor der breitesten Öffentlichkeit zu beweisen, dass die Hierarchie kein Sprecher der Gläubigenmassen und Verteidiger der Religionsbestrebungen ist, aber dass sie im Gegenteil im Streit mit diesen handelt.

Im Laufe mehr als eines Jahres, in welchem KPTsch die Kirchenpolitik der Differenziation unter dem Klerus und den Gläubigen praktizierte — die Politik der Isolation der Reaktionskräfte in der Kirche von der Masse der ehrlichen Gläubigen — entstand eine Lage, welche das Einschreiten gegen die Kirchenhierarchie nicht nur ermöglichte, sondern direkt auch erforderte. Der Hierarchie ist es nicht gelungen im Laufe des Jahres die Gläubigen davon zu überzeugen, dass es sich im Streit mit dem Staat um eine Bedrohung der Religion handelt; im Gegenteil, der Streit fing an von den Gläubigen stets mehr als eine Angelegenheit der Machtpositionen der Kirche zu begreifen. Im Laufe eines Jahres ist die Opposition gegen Kirchenführung sehr erstarkt. Betreffend der Ansichten war sie begrifflich nicht ausgeprägt: sie bezog eine breite Masse des niedrigeren Klerus und der Gläubigen von grundsätzlichen Widerstehern Vatikans bis zu breiten Massen deren ein, welche zwischen dem Hierarchiedruck und ihrem National- und Patriotfühlen schwankten. Deswegen drohte eine Gefahr — und Analysen

der Lage haben es bestätigt — dass bedeutungsvoller Teil dieser Opposition aus der bisherigen Lage des Handelns eine bestimmte Schwäche der Regierung in Beziehung zur Kirche abzuleiten beginnen wird, dass sie die Macht der Kirchenhierarchie überschätzen wird und dass sie ihr wieder unterlegen wird, wenn die Regierung einen Beweis ihres festen und zielbewussten Einstellens nicht zeigen wird. Es entstand so eine komplizierte Lage. In der Zeit, wann die inneren Probleme der Nationalfront schon überall erfolgreich gelöst wurden und die Nationalfront zum Hauptinstrumente bei der Festigung des neuen Regimes geworden ist, Hunderttausendmassen von glaubenden Katholiken, positiv gesinnten über die Entwicklung unserer Gesellschaft, hatten keine Möglichkeit, nach ihrer Kirchenlinie sich über diese wichtigen Fragen zu äussern. Die Kirchenführung hat abgesehen zum Sprecher dieser Tendenzen zu werden und hat sich dagegen gestellt.

Deshalb kam die KPTsch im Geiste ihrer Politik der NF zum Ausrufen einer Massenbewegung der glaubenden Katholiken von unten, sowohl der Priester als auch der Laien. Sie knüpfte da auf ihre ganze bisherige Konzeption der Kirchenpolitik an — die Patriotorientation der Gläubigen gegen Vatikansorientation zu unterstützen.

Der industrielle Charakter des Staates bedeutete, dass sich im ganzen der Einfluss der Religion bei uns schwächer als in Ländern mit Überwiegender Landbevölkerung äusserte. Ausserdem hatte bei uns eine starke Wirkung die Tradition der hussitischen Revolutionsbewegung und der Abtrennung vom Rom, die Reformation, aber gleichzeitig auch das Bewusstsein der Niederlage auf dem Weissberg und die gewaltige Rekatholisierung in der „Dunkelzeit“. Die katholische Kirche bei uns war mit Habsburgermonarchie verbunden und war als ihr Diener. Das Volk hasste die Monarchie und dies übertrug sich auf seine Art auf die katholische Kirche. Unser Volk hatte im frischen Gedächtnis auch die Einstellung Vatikans im Laufe des zweiten Weltkrieges, die Aufgabe Hlinkas, Tisos und anderer. Alle diese Tatsachen riefen einen gewissen Widerspruch im Bewusstsein unserer Gläubigen — Widerspruch zwischen dem politischen Fühlen und der Beziehung zur Kirche, vor allem zu ihrer Vatikansführung, welche mit ihrer ganzen Tradition in unserer Nationalgeschichte auf den antinationalen Positionen stand. Deswegen war das Verhältnis unserer Gläubigen zur Religion relativ vielmehr gleichgültig und formal als z. B. in anderen volksdemokratischen Ländern. Das gilt namentlich für unsere historische Länder. In der Slowakei und im Teile Mährens mit Rücksicht auf die Bauernschaft sowohl deshalb, dass der Hussitismus her nicht mit dauerndem Einfluss durchdrang, dass da die gewaltige Rekatholisierung nicht stattfand usw., war der Einfluss der Religion mehr ausdrücklich.

Bereits im Laufe März und April 1949 hat der ZK der KPTsch die ganze Konzeption dieser politischen Bewegung der fortschrittlichen Katholiken ausgearbeitet: sie stellte die Forderung der breiten Gläubigenmassen, die sich das Übereinkommen zwischen dem Staat und der Kirche wünschten, als Gegensatz zur Kirchenhierarchie, welche dieses Übereinkommen ablehnte. Gleichzeitig dabei entdeckte die Partei den Vatikan als einen wichtigen Faktor der internationalen Politik — trat aber gegen ihn von religiösen Gesichtspunkten nicht auf. Als Ziel der Bewegung war eine definitive Isolation der Hierarchie von breiten Gläubigenmassen, eine Füllung der existierenden katholischen Kirche bei uns und ihrer Organisation mit einem neuen Inhalt. Im Geiste der Nationaltradition sollte wieder die Kyrrillomethodiuskirchentradiation, d. h. Mitarbeit mit dem

Osten als Antwort auf die antiöstliche, d. h. antisowjetische und antivolksdemokratische Vatikansorientation lebendig gemacht und verstärkt werden. In dieser Hinsicht sollte Velchrad zum Zentrum der progressiven Priester sowohl zur Wallfahrt und Verstärkung dieser slawischen Tradition werden. Es ist sogar ein Vorschlag der perspektiven Stellung der Forderung der slawischen Liturgie angenommen worden.³²

Am 29. April 1949 ist die ganze Konzeption an der Beratung der fortschrittlichen Priester vorgetragen und angenommen worden und für diese ganze Bewegung die Benennung Katholische Aktion gewählt. Dieser Entschluss war nicht zufällig. Die KPTsch brachte hier wieder den Grundsatz zur Geltung, keine neuen Organe und Institutionen zu schaffen, sondern die existierenden zu erhalten — und die Katholische Aktion ist zum Leben durch die päpstliche Enzyklika bereits im Jahre 1922 ausgerufen worden — und ihnen einen neuen, den Bedürfnissen der Sozialentwicklung entsprechenden Inhalt zu geben. Dadurch ist auch vorher der Kirchenhierarchie eine weitere Basis, aus welcher sie ihre Aktionen gegen den Staat ausrufen könnte, abgenommen worden.³³

Eröffnung der ganzen Aktion erforderte sorgfällige Vorbereitungen, einst das Gewinnen eines Teils der Geistlichkeit, welche aktiv und furchtlos vor der Öffentlichkeit auftreten würde, einst das Gewinnen der geeigneten Vertreter der Gläubigen, welche Vorbereitungsausschuss der Katholischen Aktion ausbilden könnten und auch zu Iniziatoren dieser Bewegung in einzelnen Kreisen würden. In dieser Hinsicht übten Aktionsausschüsse im Laufe Mai 1949 eine sehr intensive Tätigkeit aus und auf Grund des Jahresarbeit unter dem Klerus und Gläubigen sind bereits zum 1. Juni mehr als 300 Priester gewonnen worden, die bereit waren sofort aufzutreten, und wenigstens 200 weitere waren dazu vorbereitet. Gleichzeitig wurde eine sehr sorgfällige Auswahl der Laien durchgeführt, besonders vom Standpunkte ihrer Autorität unter Gläubigen aus und mit jedem ist eine Reihe von Personengesprächen realisiert worden.³⁴

Es waren auch weitere Massnahmen vorbereitet. Durch Sorge des Ministeriums für Schulwesen ist die erste Nummer des Verordnungsblattes der katholischen Geistlichkeit gedruckt worden als Organ, das die Geistlichkeit über Bestrebungen und Massnahmen der Regierung bei der Lösung von Kirchenfragen informieren sollte. Das Verordnungsblatt ist auf Personenadressen einigen Tausenden der Priester eingehändigt worden.

In Tagen vom 26. Mai bis 12. Juni lief eine Kampagne als Vorbereitung für die Katholische Aktion durch. Es ist die Christliche Akademie und Volksakademie als katholische Vereine, in welchen Kundgebungen der fortschrittlichen Katholiken stattfinden konnten, gegründet worden. Es sind bei den Nationalausschüssen in Kreisen Diözesensekretäre angestellt worden sowie auch ein besonderes Referat für Sicherstellung der Wallfahrten.

Die Bewegung der Katholischen Aktion begann eigentlich bereits Ende Mai, als den Bischofskonsistorien und dem ZAA der NF aus den Kreisen Resolutionen und Unterschriften der Gläubigen und Geistlichen zukamen, die das Bedauern über den Misserfolg der Verhandlungen zum Ausdruck brachten. Unter ihnen war auch eine Reihe von Resolutionen der katholischen Vereine und ihrer Zweigstellen. Anfangs Juni war die Zahl der Resolutionen bereits so gross, dass führende Organe der KPTsch und des ZAA der NF auf ursprüngliche Absicht verzichteten, damit die Katholische Aktion auf Anlass der NF als entscheidenden politischen Faktors entwickelt würde, d. h. auf Anlass der

Aktionsausschüsse. Als Hauptantrieb zur Aktivisation der Aktion wurde eigentlich die Bewegung der glaubenden Katholiken von unten, natürlich von Aktionsausschüssen dirigiert. Es ist begreiflich, dass die breiten Vorbereitungen zur Eröffnung der ganzen Aktion der Kirchenhierarchie nicht geheim blieben. Sie warnte durch ihre Briefe die Geistlichkeit vor der vorbereiteten Katholischen Aktion als vor einer schismatischen Bewegung und drohte mit Kirchenstrafen.³⁵

Man soll sehen, dass gleichzeitig mit dem Organisieren der fortschrittlichen katholischen Bewegung von unten bei entscheidender Initiative der Aktionsausschüsse, ein administrativer und gewaltiger Druck von oben auf die katholische Hierarchie ausgeübt wurde, und zwar seitens der staatlichen Organe. Auf die Versuche um Missbrauch der Kirchenpresse antwortete die Regierung mit Verbot des Druckes irgendwelcher religiösen Drucksachen ohne Bewilligung. Es wurde die Zufuhr der hetzenden Vatikanszeitschriften *Acta sedis apostolicae* und *Osservatore Romano* unterbrochen. Man hörte ab Visa für Vorgesetzten der Orden vom Aussen zu Visitationen unserer Kloster zu geben. Auf den theologischen Fakultäten sind Lektorate der Bürgererziehung als ein Laiengegenstand, welcher der Genehmigung von Kirchenbehörden nicht unterlag, errichtet worden. In die Konsistorien, die eigentlich öffentliche Behörden mit vom Staat gezahlten Angestellten waren und aus welchen dabei aufhetzende Rundschreiben und Blätter herauskamen, sind durch ein Dekret des Ministeriums für Schulwesen Bevollmächtigte eingesetzt worden. Alle diese Massnahmen begrenzten die Möglichkeiten der Hierarchie zum Missverwenden der Kircheninstitutionen und Religionsaktionen zur Zerstörertätigkeit.

Am 10. Juni 1949 traf in Prag eine Manifestationskonferenz der Geistlichen und Laien der katholischen Kirche aus der ganzen Republik zusammen. Es nahmen an ihr 67 Geistliche neben der grossen Zahl von Laien gläubigen teil. Vom Handeln entstand eine Erklärung, in welcher die tschechischen und slowakischen Katholiken ihre Treue zur katholischen Kirche betonten und in der Angelegenheit des Glaubens sich der Kompetenz der kirchlichen Vorgesetzten unterordneten. Gleichzeitig aber brachten sie ihre Unzufriedenheit mit der Einstellung der Bischöfe zum Staat zum Ausdruck und sprachen einen Wunsch aus, damit bei weiterem Handeln zur gegenseitigen Übereinstimmung käme. Die Konferenz sprach sogar eine direkte Warnung auf die Adresse jener aus, welche die Priester oder Gläubigen wegen ihrer positiven Einstellung zum Staat verfolgen möchten, und lehnte auch irgendwelche Versuche ab, Aufträge und Direktiven politischen Charakters von Aussenkirchenkreisen bei uns zur Geltung zu bringen.³⁶

Konstituierende Versammlung des Ausschusses der Katholischen Aktion fand am 17. Juni statt und bis zum Ende Juni liefen die Konferenzen der Katholischen Aktion in allen Kreisen durch — immer bei Teilnahme einiger Hundert Gläubigen — und auch in der Mehrheit von Bezirken. Gleichzeitig wurden überall Kreis- und Bezirksausschüsse der Katholischen Aktion gebildet. Die Praxis war so eine, dass in die Ausschüsse der Katholischen Aktion Katholiken als Vertreter einzelner Organisationen und Zweigstellen der NF vorgeschlagen wurden, z. B. für Frauenrat, Volkspartei, Verband der katholischen Frauen und Mädchen, Verband der Freiheitskämpfer usw.³⁷

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Erklärung vom 10. Juni begann unter Geistlichen eine Unterzeichnungskampagne zur Unterstützung der Katholischen Aktion. Bis zum Ende Juni sind mehr als 1500 Unterschriften von Prie-

stern gewonnen worden, von denen wohl einige nicht wünschten, dass ihre Namen veröffentlicht wurden.³⁸

Verbreitung der Katholischen Aktion, welche als eine Offensive gegen Bestrebungen der katholischen Hierarchie war, stiess auf scharfen Widerstand Vatikans. Bereits am 13. Juni kommentierte der Vatikaner Rundfunk die Begebenheiten in der Tschechoslowakei³⁹ und am 20. Juni durch Dekret des höchsten Offiziums ist die Katholische Aktion bei uns für eine schismatische erklärt worden und alle ihre Mitglieder für exkommunizierte. Gleichzeitig hat bei uns die Kirchenführung Drohungen mit Kirchenstrafen verstärkt gegen diejenigen, welche sich loyal zum Staat erklärten, und auch in den Kirchen ist eine mächtige Kampagne gegen Katholische Aktion eröffnet worden. Die Regierung hat am 21. Juni mit einer scharf formulierten Erklärung geantwortet, in welcher sie die Bestrebungen der Kirchenführung verurteilte und sich zum Schutz jener Gläubigen und Priester, welche der Republik Treue hielten, stellte. Die Lage hat sich durch neues päpstliches Dekret vom 13. Juli zugespitzt, weil die Exkommunikationspraxis auf alle Katholiken-Kommunisten, sowie auch auf alle, welche mit ihnen zusammenarbeiteten, ausgedehnt worden ist. Führende kirchliche Vorge stellte in der Tschechoslowakei waren entschlossen diese Vatikanlinie zu realisieren. Das bedeutet, noch mehr ihre Isolation von Gläubigen und anderem Klerus zu verstärken und noch ausdrücklicher sie öffentlich zu demaskieren.

Es wäre sehr fesselnd weiterem Konflikt zwischen dem Staat und der Kirche zu folgen, welcher mit Brechen der reaktionären Bestrebungen der katholischen Hierarchie endete. Durch Bildung der Organe der Katholischen Aktion im zentralen, Kreis- und Bezirksmass überkam wohl die Problematik der politischen Arbeit unter katholischen Gläubigen und der Geistlichkeit an diese Organe und hörte auf als Inhalt der Arbeit der Organe der Nationalfront zu sein. Enthebung der Kirchenfragen aus der Kompetenz der Aktionsausschüsse ist auch organisationsweise durch Überführung der Kirchenreferenten der Kreis- und Bezirksaktionsausschüsse an die Kreis- und Bezirksnationalausschüsse zum Ausdruck gebracht. Diese ganze Entwicklung ist dann durch Errichtung der Staatsbehörde für Kirchenangelegenheiten im Oktober 1949 vollgebracht.

Die Kirchenpolitik der KPTsch war also als ein wichtiger Teil der Nachfeberkonsolidation unseres politischen und öffentlichen Lebens.

Ihre Realisierung in unmittelbarer Nachfeberzeit entsprach der demokratischen Lösungsart unserer Revolution und der Formierung des Systems der Proletariatsdiktatur bei uns, in welchem die bedeutsamste Rolle die Nationalfront, durch kommunistische Partei geführt, spielte. Eben Organe der Nationalfront — Aktionsausschüsse — spielten in der Kirchenpolitik in dem Zeitabschnitt vom Feber 1948 bis zum Herbst 1949 eine sehr wichtige Rolle. Der Boden der Nationalfront ist auf solche Weise zur Basis geworden, auf der auch die Kirchenprobleme gelöst wurden.

Man soll sehen, dass die kommunistische Partei in der Tschechoslowakei bei der Realisierung der Revolutionsänderungen in den Fragen der Kirchenpolitik Zielbewusstsein, Erwägen und Geduld zeigte. Die Lösung dieser komplizierten Fragen durch eine Form der Differenzierung unter Gläubigen und dem Klerus, durch die Form der Katholischen Aktion, nicht durch Durchführung der Trennung von Kirche und Staat u. dgl. war als ein sehr selbständiger und unseren Verhältnissen entsprechender Zutritt. Gewisse Deformationen, denen die Kirchenpolitik in weiterem Zeitgebiet des Dogmatismus und Kults der Persönlichkeit

unterlag, vermögen auf keine Weise den schöpferischen Zutritt der Partei zur Kirchenproblematik in Jahren 1948—1949 erniedrigen.

Übersetzt von dr. Leonard Boček

ANMERKUNGEN

- ¹ Nachrichten der statistischen Staatsbehörde (SÜS), Jahrg. 29/1948, S. 1045—1056. Staatszentralarchiv(SZA)-Fonds des Zentralaktionsausschusses der Nationalfront (ZAANF) Kart. 33 — Kirchenfragen (OC).
- ² Auf Grund der Feststellung des Finanzministeriums aus eingegebenen Vermögensanerkennungen betrag der Gesamtwert des Kirchenvermögens zum 15. 11. 1945 in tschechischen Ländern 2876 Millionen Kčs, in der Slowakei 1507 Millionen Kčs. Durch Bodenreform nach Feber 1948 ist das Kirchenvermögen im Ausmass von 319 000 ha beschlagnahmt worden. (Archiv des Instituts für Geschichte der KPTsch (AIGKPTsch) Fonds Kl. Gottwald IV/3, 5—6) SZA-ZAANF, Kart. 106-Staatsarchiv Brno (Brünn) (SAB) B 75 (Kreisaktionsausschuss der Nationalfront) Kart. 17, F. 25. Kart. 111, F. 623.
- ³ Vergleiche z. B. die Botschaft des Erzbischofs Dr. Beran *Katholischen Christen und allen Leuten des guten Willens* vom 25. 2. 1948. — SZA, ZAANF, Kart. 32, F. 1. Rovnost — Organ der KPTsch, 9. 3. 1948, S. 2.
- ⁴ Rudé právo, Zentralorgan der KPTsch, 20. 3. 1948, S. 1.
- ⁵ Als Vorstand der Kirchenkommission des ZAANF war der Gerechtigkeitsminister und Generalsekretär des ZAANF Dr. Čepička. In der Kommission waren 10 Vertreter der katholischen Kirche, unter ihnen war auch Minister P. J. Plojhar. Von anderen Kirchen hatte die tschechoslowakische Kirche in der Kommission 4 Vertreter, evangelische 3, jüdische und Unitäre je eins (AIGKPTsch, Kart. 3-Fonds ZAANF).
- ⁶ Diesen Standpunkt formulierte an der Beratung der Kirchenkommission bereits am 24. 5. 1948 der Bischof Dr. Trochta. SZA, ZAANF, Kart. 106, Kommission 24. 5. 1948.
- ⁷ SZA, ZAANF, Kart. 106.
- ⁸ Diese Erklärungen hat Zentralrat der tschechoslowakischen Kirche (diese hatte in tschechischen Ländern 1 Million Mitglieder), Rat der evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder (330 000 Mitglieder), Eparchalrat der orthodoxen Kirche (40 000 Mitglieder), Rat der jüdischen Religionsgemeinde (22 000 Mitglieder), Verwaltungskollegium der religiösen Gesellschaft tschechosl. Unitäre (3000 Mitglieder) veröffentlicht. Dasselbst.
- ⁹ P. J. Plojhar hat eine bedeutsame Rolle bereits beim Auferstehen der Volkspartei, für die er zum Minister in Gottwaldsnachfeberregierung geworden ist, gespielt. Als Glied der Kirchenkommission des ZAANF hat er an ihrer Versammlung 15. 4. 1948 sehr scharf gegen Verurteilen des loyalen Einstellens der katholischen Priester von Kirchenführung bei uns aufzutreten und kategorisch Bestrafung der Priester genehmigt, welche durch ihr feindliches Einstellen zur Republik als Nationalverräter sich gezeigt haben. (SZA, ZAANF, Kart. 106.)
Bischofsberatung in Olomouc (Olmütz) am 3. 5. 1948 war nur eine Zusammenfassung des gänzlichen Kurses, welchen die Kirchenführung schon im Laufe April praktizierte. Vergleiche z. B. den Brief des Erzbischofs Dr. Beran *Liebe Mitbrüder* vom 21. 4. 1948, bestimmten für alle Priester. Dasselbst.
- ¹⁰ Dasselbst, Kirchenkommission 24. 5. 1948.
- ¹¹ Archiv des Zentralausschusses der Nationalfront (ZAANF), Wahlen 1948. Nachrichten SÜS, Jahrg. 29/1948, S. 491 u. folg.
- ¹² SZA, ZAANF, Kart. 106, telephonische Meldung der Kreise über Wahlen. Angeführte Meldungen sind nüchtern zu schätzen — einige Priester haben unterzeichnet, dann aber sprachen gegen einheitliche Kandidatenliste.
- ¹³ AIGKPTsch, ZAANF, Kart. 7.
- ¹⁴ Zum unmittelbaren Vorwand für Eröffnung des Handelns ist die Einschreibung der Schüler in Kirchenschulen geworden. Wäre sie nämlich nicht rechtzeitig bewilligt, wären praktisch die Kirchenschulen zugrunde gegangen, da die Eltern nicht gewartet und die Kinder in öffentliche Schulen hätten einschreiben lassen. Gesuch um Verhandlungen hat die Kirche am 10. Juni vorgelegt.

- ¹⁵ Diesen Fortgang des Präsidenten und der Regierung ist heute mit Abstand zu schätzen möglich.
Einerseits zeigte sich, wie weit die Kommunistenregierung in ihrer Bestrebung, breiteste Massen zu vereinen und wirklich als Sprecher des ganzen Volkes zu sein, zu gehen bereit ist. Deswegen hat dieses Gesto sehr stark in Kreisen der Gläubigen, ehemaligen Mitglieder der Volkspartei, gewirkt. Andererseits aber zeigte sich, dass der Akt *Te deum* für unsere Hierarchie unverbindlich war, denn sie war entschlossen, die Beziehungen zu verschärfen. Als Zeuge dazu war z. B. das erzbischöfliche Rundschreiben, herausgegeben kurz darnach, in welchem unter anderem stand: „... ich kann niemanden verhindern, wenn er für seine Arbeit Segen Gottes sich ausbeten will.“ Dies wurde so angenommen, als ob sich der Erzbischof bei den Gläubigen deswegen entschuldigen möchte, dass er den Präsidenten in die Kirche freigelassen hat. Die Kirchenkommission ZAANF ersuchte den Erzbischof, dass er diesen Passus im Rundschreiben ausliesse, dieser aber hat abgelehnt es zu erfüllen. (SAB, B 75, Kart. 83, F 496.)
- ¹⁶ SZA, ZAANF, Kart. 105, 106, Brief Dr. Berans an Minister Dr. Čepička vom 6. 7. 1948. ZAB, B 75, Kart. 83, F 493, Versammlung der Kreiskirchensekretäre in Prag den 3. 11. 1948.
- ¹⁷ SZA, ZAANF, Kart. 105, *Lidová demokracie* vom 29. 7. 1948. *Lidové noviny* vom 31. 7. 1948. *Rovnost* vom 30. 7. 1948.
- ¹⁸ SZA, ZAANF, Kart. 105. Die Blätter Dr. Berans vom 4. 8., 5. 8., 6. 8. 1948. Dem päpstlichen Dekret gemäss, veröffentlichten den 30. 6. 1948 in *Acta apostolicae sedis*, war für die Katholiken strafbar, die kommunistische Lehre zu bekennen, namentlich diese zu verteidigen oder verbreiten, lesen, vermehren oder Bücher ausgeben, so auch Periodiken, Zeitungen oder Flugschriften, welche der Kommunistenlehre oder Tätigkeit dienten und in angeführte Publikationen zu schreiben und schliesslich die kommunistische Partei zu unterstützen oder ihr Mitglied zu sein. Übertretung dieser Verbote sollte mit schwersten Kirchenstrafen verfolgt werden.
- ¹⁹ SZA, ZAANF, Kart. 105. Nach Meldungen aus Kreisen.
- ²⁰ Dasselbst.
- ²¹ Bereits an der Beratung der Kirchenkommission am 10. 5. kritisierte Dr. Čepička die Tatsache, dass Beschlüsse der bischöflichen Beratungen noch denselben Tag in der Hetzsendung aus London kommentiert wurden. (SZA, ZAANF, Kart. 32.)
- ²² Am 25. 11. 1948 hat Erzbischof Dr. Beran die Genossenschaft der katholischen Jugend aufgelöst, denn ihre Tätigkeit kollidierte mit der Aufgabe des Verbandes der tschechischen und des Verbandes der slowakischen Jugend. Ihre Zweigstellen führten die katholische Jugend im antivölkischen Geist, so dass bei einigen von ihnen die Tätigkeit schon früher eingestellt werden musste. Gleichzeitig hat der Erzbischof neue Statuten der Katholischen Charität genehmigt, welche dem volksdemokratischen Geist entsprachen und politische sowie wirtschaftliche Kontrolle des Vereines durch öffentliche Organe garantierten (Vertreter Ministeriums). SZA, ZAANF, Kart. 105.
- ²³ Dasselbst.
- ²⁴ Dasselbst.
- ²⁵ Dasselbst. Ganz selbständig, ohne Berücksichtigung der Instruktionen der vorgestellten Kirchenbehörden, hat ihren Standpunkt bloss 13 Priester angenommen.
- ²⁶ So z. B. in Brno (Brünn) war der Bischof gezwungen am 10. 12. 1948 eine Delegation der katholischen Gläubigen anzunehmen. Diese bestand aus Vertretern der Charität, des Frauenrates, des Verbandes der katholischen Frauen und der katholischen Hochschüler und legte dem Bischof eine Resolution der 7000 unterzeichneten Gläubigen, ersuchenden folgereehte Reinigung in Reihen der Priester, vor. Die Delegation hat auch einzige Fälle namentlich vorgelegt. Die Bischofsantwort war typisch: „Tritt der Staat als ein strafender Vater auf, so muss die Kirche als gütige Mutter gegen Priester-Übertreter auftreten.“ Er hat abgelehnt, ein Einschreiten gegen sie durchzuführen. (SAB, B 75, Kart. 83, F 493.) *Rovnost* 24. 11. 1948.
- ²⁷ Mit Wirkung vom 1. 12. 1948 sind alle Zeitschriften für Kinder und Jugend sowie auch gesanter lokaler Kirchendruck eingestellt worden. Vom 1. 1. 1949 sind für die katholische Kirche alle Periodiken ausser *Acta curiae* für einzelne Diözesen und zwei Wochenzeitschriften eingestellt worden. (SZA, ZAANF, Kart. 162, F 8, Kart. 105).
- ²⁸ SZA, ZAANF, Kart. 105.
- ²⁹ SAB, B 75, Kart. 83, F 493, SZA, ZAANF, Kart. 105.
- ³⁰ Als Repräsentant dieser Bestrebungen war z. B. der Leitmeritzer Bischof Dr. Trochta,

- indem am Randvatikansflügel z. B. der Bischof Dr. Pícha aus Hradec Králové stand. (SIA, ZAANF, Kart. 105, F 2.)
- ³¹ Der neue Nuntiusvertreter Msgr. Verolino, welcher am 12. 3. nach Prag gekommen ist, hat schon am 18. 3. dem Erzbischof Dr. Beran ein Interview mit amerikanischen Journalisten Lewin organisiert, welcher aus Bulgarien, wo er einem Prozess mit Geistlichen beiwohnte, zurückkehrte. Der Erzbischof hat erklärt, dass das Übereinkommen mit Staat heute nicht möglich ist. Noch denselben Tag ist das Interview durch Stimme Amerikas ausgesendet worden. Resultat der Konferenz, welche den 22.—23. 3. in Smokovec zusammentraf, wurde also eigentlich im voraus gekündigt. Die Angelegenheit mit dem Abhören war bloss als Vorwand. (SZA, ZAANF, Kart. 38, Beratung 28. 4. 1949. AIGKPTsch, Kl. Gottwald IV/3.)
- ³² AIGKPTsch, Kl. Gottwald IV/3. SIA, ZAANF, Kart. 38, Kirchensekretäre 13. 4. 1949.
- ³³ Bereits am 23. 12. 1922 hat der damalige Papst Pius XI. Enzyklika *Ubi arcano Dei* ausgegeben, durch die er die katholische Aktion als eine Bewegung errichtet hat, welche Teilnahme der Laien im Leben der Kirche betonte. Nachfebruarische Katholische Aktion war also eigentlich als Rückkehr zu ihrer ursprünglichen Mission. KPTsch konnte da auch auf die Erfahrungen mit dieser Bewegung aus Italien und Frankreich anknüpfen, wo nach dem Jahr 1945 eine Bewegung der Katholiken entstand, welche darüber bestrebt war, dass die Kirche zum Verbündeten der kapitalistischen Interesse zu sein aufhörte.
- ³⁴ AIGKPTsch, Kl. Gottwald IV/3, SZA, ZAANF, Beratung 16. 5. 1949.
- ³⁵ SAB, B 75, Kart. 90, F 593, AIGKPTsch, Kl. Gottwald IV/3.
- ³⁶ SAB, B 75, Kart. 83, F 496. Erklärung der tschech. und slow. Katholiken.
- ³⁷ SZA, ZAANF, Kart. 38 — Katholische Aktion.
- ³⁸ SAB, B 75, Kart. 83, F 493, SZA, ZAANF, Kart. 38, KA.
- ³⁹ SAB, B 75, Kart. 83, F 496.

K PROBLEMATICE CÍRKEVNÍ POLITIKY KSČ V LETECH 1945—1948

Unorovým vítězstvím našeho lidu byla Komunistická strana Československa postavena před nový historický úkol: aplikovat obecné zásady o diktatuře proletariátu v konkrétních podmínkách Československa, zajistit další revoluční změny lidově demokratické moci způsobem, odpovídajícím našim poměrům. To vše vyžadovalo velmi samostatný a tvůrčí přístup strany a kladlo velké nároky na její řídicí činnost při formování nového systému revoluční moci, jehož základní rysy se vytvářely v prvních týdnech a měsících po Unoru.

Je třeba říci, že vhodné formy přeměny dosavadního obsahu lidově demokratické moci, odpovídající našim poměrům, byly záhy nalezeny. Z nich vystupovala do popředí zejména úloha Národní fronty jako nejdůležitějšího nástroje ve vedení mas a národa při uskutečňování všech těchto revolučních přeměn.

Již v prvních měsících po Unoru se KSČ podařilo prostřednictvím akčních výborů jako revolučních orgánů Národní fronty provést očistu veřejného a politického života a zformovat Národní frontu na nových základech.

Zachování existujících rozmanitostí forem politického a veřejného života při současném jejich naplňování novým obsahem bylo nesporně výrazem tvůrčího přístupu KSČ při formování systému diktatury proletariátu v bezprostředním poúnorovém období. Avšak tato konsolidace poúnorového politického života se nemohla týkat jen složek Národní fronty, tj. politických stran a masových organizací. Byly zde ještě další významné instituce, s jejichž vlivy bylo třeba počítat — církve, a mezi nimi zejména katolická.

Smyslem církevní politiky KSČ v poúnorovém období bylo rozšíření politické jednoty našeho lidu, představované obrozenou Národní frontou, o ty vrstvy obyvatelstva, které v té či jiné formě byly ovlivňovány církvemi, zejména církví katolickou. V tomto směru byla také církevní politika pokračováním a součástí dřívějšího úsilí strany o vedení národa. Šlo o to, aby byly získány ty demokratické síly v církvi, které kolísaly mezi tlakem Vatikánu a svým národním cítěním, aby byl paralyzován a zlomen vliv reakčních snah mezi věřícími a klerem.

Církevní politika KSČ byla tedy důležitou součástí poúnorové konsolidace našeho politického a veřejného života a přispívala k upevňování revoluční moci.

Její uskutečňování v bezprostředním poúnorovém období odpovídalo demokratickému

přístupu řešení naší revoluce i formování systému diktatury proletariátu u nás, v němž nejdůležitější úlohu hrála Národní fronta, vedená Komunistickou stranou. Právě orgány Národní fronty — akční výbory — hrály v církevní politice v období od února 1948 až do podzimu 1949 velmi důležitou úlohu. Měly rozhodující podíl na důkladném prozkoumání situace mezi věřícími i klérem, které bylo předpokladem správného řešení církevních otázek u nás. Půda Národní fronty se tak stala základnou, na níž byly řešeny i problémy církevní.

Je třeba vidět, že KSC jako vedoucí síla při uskutečňování revolučních přeměn projevovala v otázkách církevní politiky cílevědomost, rozvážnost i trpělivost. Řešení těchto složitých otázek formou diferencování mezi věřícími i klérem, formou Katolické akce, neprováděním odluky církve od státu atp. bylo velmi samostatným přístupem, odpovídajícím našim poměrům. Určité deformace, jimž podlehla církevní politika v dalším období, spjatém s metodami dogmatismu a kultu osobnosti, nemohou nijak snížit tvůrčí přístup strany k církevní problematice v letech 1948—1949.